

AG Migration
Miteinander Teilen
Neustrasse 105
4700 Eupen
Tel 087555032

St. Vith, den 25.7.2012

Offener Brief an Frau Maggie de Block, Staatssekretärin

Sehr geehrte Frau de Block !

'Asylkrise fürs Erste beigelegt ? ' (Quelle: 'Grenz-Echo' vom 6.Juni 2012)
Nein, wir sind mittendrin!

Wir, Mitarbeiter verschiedener Institutionen wie der ÖSHZ's Büllingen und ST.Vith, Psychiatrische Abteilung des Krankenhauses St.Vith, RESI, AIS 'Wohnraum für Alle', OIKOS und 'Miteinander Teilen', möchten uns in einem offenen Brief an Sie wenden. Dieses Schreiben wird auch von anderen Organisationen unterstützt.

Wir geben Ihnen eine Rückmeldung aus der Praxis der Asylpolitik 'vor Ort' und zeigen, dass die Asylkrise leider nicht beigelegt ist!
Wir müssen auf Missstände aufmerksam machen, für die wir nicht die Verantwortung übernehmen können.

Die Verantwortung liegt bei Ihnen!

Ausdrücklich begrüßen wir Ihre Initiativen zur Beschleunigung der Antragsverfahren und möglichst raschen Entscheidungsfindung über Asylanträge!
Selbstverständlich finden wir es richtig, auch die freiwillige Rückkehr von Antragstellern auf Asyl zu fördern und wirken in diesem Sinne auch vor Ort.

Allerdings gibt es eine Vielzahl von Asylbewerbern mit seit Jahren schwebenden Verfahren, inzwischen mit ihren Familien gut integriert, die plötzlich ausgewiesen werden. Das ist für uns völlig unverständlich und inakzeptabel. In derartigen Fällen müssen pragmatische Lösungen vor Ort möglich sein, statt Ausweisungen gegen jede Vernunft zu erzwingen!

Daneben beobachten wir als Professionelle an der Basis immer häufiger, wie es gerade schwerst traumatisierten Asylbewerbern (insbesondere Frauen nach Vergewaltigungen oder Ermordung ihrer Angehörigen, Männern nach Folterungen mit körperlichen Schäden) misslingt, ein Asylverfahren zu bestehen und es fast unmöglich ist, eine medizinische Regularisierung ihres Antrages zu erlangen.

So schreibt eine Fachärztin aus einer Psychiatrischen Einrichtung: ...*“Über sechs Jahre begleiteten wir mit mehrfachen stationären Aufenthalten und im ambulanten Rahmen einen Mann aus Nordafrika. Als politischer Gegner war er dort in einem berüchtigten Gefängnis inhaftiert, die Spuren grausamer Folter sind in seinem Fall Verstümmelungen. Sein Asylantrag wurde wegen widersprüchlicher Angaben im Interview abgelehnt, die Widersprüche bezogen sich auf Einzelheiten, ob zum Beispiel der verhaftende Beamte eine Sonnenbrille oder eine Mütze trug. Der Patient entwickelte über die Jahre auch eine paranoide Störung mit Verfolgungsängsten. Sein Antrag auf medizinische Regularisierung wurde über sechs Jahre nicht bearbeitet. In seiner Verzweiflung bat der Patient schließlich um Euthanasie. Daraufhin wandten wir uns an König Albert II und den Ombudsmann. Der König leitete das*

umfangreiche Dossier ohne Antwort an die Ausländerbehörde weiter, vom Ombudsmann erhielt der Patient nie ein ablehnendes Schreiben. Kürzlich erfolgte die Ablehnung der medizinischen Regularisierung mit Verweis auf zwei Krankenhäuser in seinem Heimatland. Nachforschungen des Patienten und einer ihn unterstützenden Person ergaben dabei, dass die eine genannte Klinik nicht mehr existiert und die zweite nicht funktionsfähig ist.

Dieser Fall ist eben leider kein Einzelfall! Das Ausmaß des seelischen Leides der traumatisierten Flüchtlinge findet bei der rechtlichen Prüfung der Anträge auf Bleiberecht offenbar keine Beachtung. Dieser Umstand steht im krassen Widerspruch zu unserem therapeutischen Auftrag. In vielen Fällen müssen wir uns auf die Verwaltung des Elends und die Begleitung eines Verzweiflungsprozesses einstellen.

Auch für uns selbst ist es schwer erträglich, dass geringe Erfolge unserer geleisteten Hilfe durch gesetzliche Entscheidungen von einem Tag zum anderen zunichte gemacht werden...“

Frau de Block, die Asylkrise ist nicht beigelegt, wir sind mittendrin!

Ein ÖSHZ schreibt

„Artikel 1 des Grundlagengesetzes über die ÖSHZ besagt : Jeder Mensch hat Recht auf Sozialhilfe. Diese hat zum Ziel, jedem ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Ein Papierloser hat laut Gesetz nur noch Anrecht auf eine dringende medizinische Hilfe. Er hat kein Anrecht mehr auf finanzielle und materielle Hilfe. Aufgabe eines ÖSHZ und unserer Gesellschaft ist es nicht, Papierlose über Jahre in der Illegalität zu begleiten und zu unterstützen. Allerdings sollte ein Papierloser, der sich noch in einem Verfahren befindet, zumindest die Chance haben, die Entscheidung abzuwarten, und er sollte in dieser Zeit eben die Möglichkeit bekommen, sich unter menschenwürdigen Umständen (Unterkunft und Verpflegung) in Belgien aufzuhalten.

Eine Familie lebte mehrere Jahre mit ihren Kindern in der Illegalität, bevor endlich der Aufenthalt legalisiert wurde. Die unterschiedlichsten Probleme tauchten auf : ein Kind wollte studieren, durfte dies aber nicht, ein weiteres hatte eine Lehrstelle gefunden, durfte diese aber nicht antreten aufgrund der fehlenden Aufenthaltsdokumente. Ein weiteres Kind besuchte zwar die Schule, aber jeder Klassenausflug und jedes benötigte Buch wurde zur Belastung für die Familie aufgrund der fehlenden Einkünfte.

Es war für uns belastend, mit ansehen zu müssen, dass Jugendliche Lebensprojekte haben, diese jedoch nicht verwirklichen können und stattdessen zu jahrelangem Nichtstun verurteilt werden.“

Frau de Block, die Asylkrise ist nicht beigelegt, wir sind mittendrin!

Der Sozialdienst eines anderen ÖSHZ berichtet über die Erfahrungen mit abgelehnten Asylbewerbern :... *„Die betroffenen Personen fühlen sich alleine gelassen, wenn ihnen eine negative Antwort auf ihren Asylantrag oder eine medizinische Regularisierung übermittelt wird. Wie sollen sie verstehen können, dass das Ausländeramt nach einem generellen Schema und in Anwendung einer Liste von vermeintlich 'sicheren Ländern' arbeitet?*

Die Betroffenen verstehen nicht, dass ihre persönliche Situation, das von ihnen Erlebte und Erlittene, als wenig relevant für eine Anerkennung ist.

Die Entscheidungen werden oft von den Betroffenen als politische Willkür empfunden, da die Entscheidungsfindung nicht logisch nachzuvollziehen ist.

Auch wir sind erschüttert, immer wieder nur Ablehnungen weiter zu leiten und mit für uns selbst unverständlichen 'Begründungen' erklären zu müssen!...“

Frau de Block, die Asylkrise ist nicht beigelegt, wir sind mittendrin!

Auch wenn es in Zukunft keine jahrelangen Verfahren mehr geben soll, so sind noch viele Asylbewerber betroffen, die seit vielen Jahren im Lande sind und jetzt ihre Ablehnung und

Ausweisung erhalten. In unseren Augen ist es sinnvoll, dass in den künftig kürzeren Verfahren gerade beim Aspekt der vermuteten Traumatisierung fachlich kompetente Gutachten in die Entscheidungsfindung einbezogen werden.

Um wenigsten den schlimmsten Härtefällen vor Ort gerecht zu werden, fordern wir zudem die Anerkennung von Leumundszeugnissen aus der Hand der ÖSHZ-Präsidenten oder der Gemeindegremien, um **unsinnige** Ausweisungen gerade **gut integrierter** Asylbewerber und ihrer Familien zu verhindern! Es gilt, die Kompetenz der sozialen Dienste VOR ORT zu nutzen und trotz aller Schwierigkeiten das Menschenrecht auf Asyl, dort wo es gerechtfertigt ist, zu bewahren.

Es geht nicht, dass beruflich Helfende aus dem sozialen und medizinischen Bereich angesichts der existentiellen Gefährdung von Betroffenen an den Rand ihrer Kräfte, an den Rand ihrer eigenen Belastbarkeit geraten, ihr berufliches Selbstbild in Frage gestellt wird, mit Folgen wie Rückzug, Schlafstörungen, Erschöpfung und Resignation.

Wir laden Sie, Frau Staatssekretärin, zu dieser Problematik gerne zu einem Gespräch ein und verbleiben hochachtungsvoll !

Dirk Riemann (für Miteinander Teilen)

Maggie Colman (Sozialassistentin für Oikos, Begleit- und Integrationsdienst)

Dr.med. Ruth Romberg (Dienstleiterin d. Psychiatrischen Abt. St.Vith)

Dr.med. Markus Baschton (Leiter d. Psychiatrischen Tagesklinik, St.Vith)

Sarah Michels (Sozialassistentin d. Psychiatrischen Abt., St.Vith)

Melanie Maus (Sozialassistentin im ÖSHZ St.Vith)

Veronika Mause (Sozialassistentin d. Psych.Abt., St.Vith)

Aurélie Henry (Sozialassistentin d. Psych.Abt., St.Vith)

Leo Freichels (Wohnraum für Alle, soziale Immobilienagentur)

Edith Simons (Sozialassistentin im ÖSHZ Büllingen)

Gisela Wahle ('RESI'-Rat für Entwicklungszusammenarbeit, Solidarität und Integration i.d. DG)

Jean Pohlen (Dechant, St.Vith)

Helmut Schmitz (Dechant, Eupen)

Paul Bongartz (im Namen des Sozialhilferats des ÖSHZ St.Vith)

Christine Baumann (Schöffin für Soziales, St.Vith)

Diesem Brief folgen die originalen Schreiben, aus denen zitiert wurde, und weitere Fallbeispiele, nicht nur von den genannten sondern auch noch von anderen Einrichtungen,...

der Brief wurde mit gleicher Post versandt an:

Regierung der DG

Fraktionen im Parlament der DG

Gemeinderäte der DG

Sozialhilferäte der DG

CIRE

MRAX

Kruispunt Migratie

Medimmigrant

Parlamentarier der DG in Kammer und Senat

Fraktionen Kammer u. Senat

Presse